

386/J XXII. GP

Eingelangt am 08.05.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Nationalräte Heinzl

und GenossInnen

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend Lärmschutzmaßnahmen an der Westbahn im Bereich der Gemeinde
Prinzersdorf

Die Lärmbelastung der Bevölkerung in Prinzersdorf/NÖ, die im Nahbereich der Westbahn westlich der Pielach bis zur Ortsgrenze von Prinzersdorf angesiedelt ist, ist in den letzten Jahren aus den folgenden Gründen unzumutbar geworden:

1. Durch den Baustop bei der Güterzugumfahrung (GZU) St. Polten steigt in diesem Streckenabschnitt, der eigentlich durch die GZU von den Güterzügen befreit werden sollte, der Zugsverkehr weiter stetig an
2. Im Zuge der Vergrößerung des Gleismittenabstandes der Westbahn wurde an der Bahnböschung der vorhandene Bewuchs (Sträucher und Bäume) entfernt
3. Mit Ende 2003 ist mit der Aufnahme des Zugbetriebes mit bis zu 200 km/h Fahrgeschwindigkeit zu erwarten. Durch die höheren Fahrgeschwindigkeiten ist auch mit einer höheren Lärmbelastung zu rechnen.

Nach Aussage der ÖBB erfolgt die Planung und Realisierung der Lärmschutzprojekte zur schalltechnischen Sanierung von Eisenbahnstrecken ausschließlich auf Grundlage von Übereinkommen zwischen Bund und Land Niederösterreich, wobei die Prioritätenreihung auf Antrag des zuständigen Bürgermeisters ausschließlich vom Land Niederösterreich festgelegt wird. Weil die „Interessengemeinschaft für Lärmschutzmaßnahmen in Prinzersdorf westlich der Pielach“ durch eine Unterschriftenaktion auf das Problem aufmerksam gemacht hat, hat die Marktgemeinde Prinzersdorf im Dezember 2003 um Aufnahme in das NÖ

Lärmschutzprogramm angesucht. Dieses Ansuchen wurde seitens des Landes Niederösterreich positiv vermerkt, wobei dieser Antrag die Prioritätsstufe 2 (von 5) ein.

Die Nachbargemeinde Markersdorf a. d. Pielach wird bereits ab Oktober 2003 mit Lärmschutzwänden für den unmittelbar angrenzenden Abschnitt der Westbahn versorgt werden. Wie einem Brief des Bürgermeisters von Prinzersdorf an die betroffenen Bürger seiner Gemeinde zu entnehmen ist, soll für die betroffenen Ortsteile von Prinzersdorf eine vergleichbare Maßnahme aufgrund von unvorstellbar langen bürokratischen Abläufen und Planungsarbeiten aber frühestens erst in den Jahren 2005 oder 2006 möglich sein. Das ist eine unzumutbare Verzögerung dringend notwendiger Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Einwohner von Prinzersdorf.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

Anfrage

1. Hat ihr Ministerium bereits Kenntnis von dem geforderten Projekt auf dem Ortsgebiet von Prinzersdorf/NÖ westlich der Pielach Lärmschutzmaßnahmen gegen den Lärm der Westbahn zu errichten?
2. Ist das Land Niederösterreich wegen diesem Projekt bereits an das Ministerium herangetreten?
3. Ist die Marktgemeinde Prinzersdorf wegen diesem Projekt bereits an das Ministerium herangetreten?
4. Wie können Sie es erklären, dass an einer hochrangigen Bahnstrecke für die Umsetzung einer einfachen Lärmschutzmaßnahme, deren hohe Priorität und Notwendigkeit bereits allseits anerkannt ist, eine Vorlaufzeit von 3 bis 4 Jahren notwendig ist?
5. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die Umsetzung dieses Projektes voranzutreiben?
6. Ist es aus Ihrer Sicht sinnvoll und effizient, die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen, die sachlich einen unmittelbaren Zusammenhang haben (d.i. die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen auf dem Gemeindegebiet von Prinzersdorf und auf dem unmittelbar angrenzenden Gemeindegebiet von

Markersdorf a.d. Pielach) in zwei Etappen mit einer Zeitverschiebung von 3 bis 4 Jahren durchzuführen (doppelte Planungskosten, doppelter bürokratischer Aufwand)?

7. Welche finanzielle Beteiligung wird bei solchen Projekten üblicherweise für die betroffenen Verwaltungskörper (Bund, Land, Gemeinde) vorgesehen?

8. Ab wann wird die Güterzugumfahrung St. Pölten weitergebaut?